

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (bei Haus 2 RM, halbmöndlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprechnummer 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Strasse 2 / Dresden-21, Mühlentorstraße 2 / Fernspr.: 131 Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenlang 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Dienstag, den 15. Februar 1927

Nummer 38

Metallarbeiter! Lehnt den Schiedspruch ab!

Die Leipziger Metallarbeiter für den Kampf

Leipzig, am 14. Februar

Alle heute abgehaltenen Metallarbeiterversammlungen lehnten den Schiedspruch, der am Sonnabend für die Metallindustrie gefällt worden war, ab, da die durch ihn geschaffene Lage noch ungünstiger als der bisherige Zustand sein würde.

An die sächsische Arbeiterschaft! An die kämpfenden Metallarbeiter!

Arbeitsgenossen und Arbeitsgenossinnen!

Der gerechte Kampf der Metallarbeiter um das tägliche Brot, für den achtstündigen Arbeitstag, für höhere Löhne und für den einfachsten Schutz von Mutter und Kind ist von den sächsischen Metallindustriellen mit der brutalsten Ausperrung beantwortet worden.

25 000 Metallarbeiter liegen in Leipzig auf der Straße.

Damit nicht genug! Der Verband sächsischer Industrieller und mit ihm die Vereinigung sächsischer Metallindustrieller wollen ganze Arbeit machen! Die Metallarbeiter, die Vorhut der kämpfenden Arbeiterschaft, sind ihnen schon längst verhaßt! Die Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter sollen weiter herabgedrückt werden, um danach auch die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der übrigen Arbeitergruppen verschlechtern zu können.

Die Hungerpeitsche wird über den kämpfenden Arbeitern geschwungen!

Wenn die Leipziger Metallarbeiter sich dem Diktat der Metallindustriellen nicht bedingungslos unterwerfen wollen, dann wird mit der Ausperrung sämtlicher Metallarbeiter in Sachsen gedroht. Über 130 000 Arbeiter sollen mit ihren Familien dem Hunger und dem Elend preisgegeben werden. Brutal geht die Unternehmerdiktatur über Leichen.

Genossen und Genossinnen! Die Bürgerblockregierung in Reich und in Sachsen sind die ausübenden Organe der industriellen Mächthaber. Kaum war in Sachsen die Bürgerblockregierung zum Leben gekommen, begannen die Metallindustriellen ihren Vorstoß.

Der Schiedspruch in Dresden ist eine unerhörte Provokation des Bürgerblocks gegenüber der gesamten sächsischen Arbeiterklasse.

Nach dem Schiedspruch wird statt einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 46 Stunden, eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 53 Stunden wöchentlich diktiert.

Die Leipziger Metallarbeiter haben einmütig die Ablehnung des Schiedspruchs beschlossen und den Metallindustriellen den Kampf bis zum äußersten angefangen.

Die Bezirksversammlungen der Leipziger Metallarbeiter fordern ebenso entschieden die sofortige Abberufung der sächsischen Schlichter Brandt und Panofka.

Diese sozialdemokratischen Schlichter sind die willfährigsten Werkzeuge des Bürgerblocks und der Schwarzmetallorganisationen der Industriellen.

Genossinnen und Genossen! Der Kampf der Leipziger Metallarbeiter ist längst zur Sache der gesamten sächsischen und darüber hinaus deutschen Arbeiterschaft geworden. Die Metallarbeiter in Erzgebirge, Vogtland und Ostfachsen haben bereits ihre Solidarität mit den Leipziger Metallarbeitern zum Ausdruck gebracht. Sie fordern die 42-Stundenwoche. Die halleischen Metallarbeiter haben den Unternehmern Kampf angefangen unter der Losung:

„Nach 8 Stunden heraus aus dem Betrieb!“

Der Kampf ist jedoch in einem Stadium, in dem bloße Solidaritätskundgebungen nicht genügen.

Die Metallarbeiter Sachsens müssen vom DMB sofort den Streik der gesamten sächsischen Metallarbeiter fordern.

Das ist die unmittelbare Lösung! Über Sachsen hinaus muß sich die Bewegung zwangsläufig zu einem Kampfe der gesamten mitteldeutschen Metallarbeitererschaft auswachsen. Das ist der richtige

und notwendige Gegenschlag gegen die Unternehmer. Durch diesen wird die Zersplitterung und Zermürdung der kämpfenden Arbeiter durch Teilbewegungen verhindert.

Genossinnen und Genossen! Der Kampf der Metallarbeiter ist jedoch nicht nur der Kampf für die Interessen der Arbeiter einer Industriebranche. Der Metallarbeiterkampf ist eine der ersten Bewegungen gegen die kapitalistische Nationalisierung. Von dem Ausgang dieses Kampfes wird die Stellung der Unternehmer in ganz Deutschland in ihrem Unterdrückungsfeldzug gegenüber der Arbeiterschaft abhängen.

Die Arbeiterschaft muß deshalb in allen Orten zum Streik Stellung nehmen.

Zwingt die Gewerkschaftsleitungen in allen Orten zur aktiven Stellungnahme zum Kampfe.

Fordert sofortige Einberufung von Betriebsrätevollversammlungen!

Schafft die engste Kampffront zwischen den betriebsmäßigen Arbeitern, den Streikenden und Ausgesperrten und den Erwerbslosen!

Was wollen die Unternehmer und der Bürgerblock?

Mit der raffinierten Methode des Schlichtungsschwindels soll der Schiedspruch für verbindlich erklärt werden. Die Haltung der Gewerkschaftsführer gegenüber der Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche und der sich hieraus ergebenden Konsequenzen berechtigt die Arbeiterschaft zu dem größten Mißtrauen. Es besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaftsführer sich hinter die Verbindlichkeitsklärungen auch im Metallarbeiterkampf verstecken und auf diese Weise die Weiterführung der Bewegung verhindern wollen! Wir machen die Arbeiterschaft mit allem Ernst auf diese Gefahr bereits heute aufmerksam! Der Eintritt sämtlicher sächsischer Metallarbeiter in die Streikbewegung und der unerschütterliche Kampf aller Metallarbeiter bis zur Durchsetzung der 46-Stundenwoche, sind die beste Garantie gegen die Ueberrumpelung der Arbeiterschaft durch den Schlichtungsschwindel.

Die Unternehmer scheuen im Kampfe gegen die Arbeiter vor keinem Mittel zurück! Sie werben Streikbrecher und wollen Streikarbeit in anderen Betrieben verrichten lassen. Deshalb ist proletarische Solidarität die Pflicht aller Arbeitenden.

Fordert vom DMB Sammelaktionen zur Unterstützung der Streikenden!

Verweigert jede Streikarbeit!

Verläßt die Betriebe nach 8 Stunden!

Kämpft gegen die kapitalistische Nationalisierung!

Stützt die gewerkschaftlichen Organisationen! Der letzte Metallarbeiter muß im DMB organisiert sein.

Gegen jeden Schiedspruch und gegen jede Verbindlichkeitsklärung muß der Kampf für die 46-Stundenwoche bis zum Ende durchgeföhrt werden!

Es lebe der Kampf um den 8-Stundentag! Es lebe der Streik der sächsischen Metallarbeiter.

Die Opposition der sächsischen Metallarbeiter

Die Dresdner DMB-Opposition zeigt den Weg Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie

Von einem alten Metallarbeiter und DMB-Funktionär wird uns geschrieben:

Die Weidner-Regierung in Sachsen, die Bürgerblock-Regierung im Reich kennzeichnen die Lage, zeigen die Gefahren, die dem Proletariat drohen, kennzeichnen aber auch die ins Verderben führende Theorie und Praxis der deutschen Arbeiterbewegung unter Führung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Unwiderstehlich — es ist so, wie die Entschlingung der Opposition in der Großen Ortsoberverwaltung des DMB Dresden einleitend sagt: „Die Kosten des verlorenen Weltkrieges ruht in Deutschland einzig und allein die Arbeiterklasse.“ In den letzten Monaten weist jeder Geschäftsbericht, trotz aller Verschleiierungen, in allen großen Industrie- und Bankunternehmungen wachsende Gewinne, steigende Dividenden aus. Die Staatsfinanzen jedoch, soweit sie die Lebenshaltung der deutschen Kopf- und Handarbeiter behandeln, zeigen eine immer steiler werdende Tendenz nach unten. Während die Aktien aller Industriezweige von Woche zu Woche höher klettern, so für die Besitzer der Papiere immer größere Werte heben, wächst sich diese Reichtumsanhäufung zu immer größer werdender Gewerkschaftslosigkeit, niedrigen Löhnen und einer unerträglichen Ueberarbeitszeit für die Arbeiterklasse aus.

Die von den reformistischen Gewerkschaftsleitungen laut bejüngene und geförderte kapitalistische Nationalisierung wird zu einer Geißel für das Proletariat.

Wenig die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften unter Führung der KPD hat von allem Anfang an den Weg gezeigt, der das hart reformistische Stupidität herausbeschworene Elend, die Ohnmacht der Gewerkschaften verhindern konnte, ja noch verhindern kann, wenn der Kurs der Bewegung ab dem Reformismus zum revolutionären Klassenkampf gelenkt wird.

All die Zeit, in der die „Führer“ der Gewerkschaften in allen Industrien für Ueberzeitabkommen plädierten, hämmerte, pochte, bestand die KPD auf dem harten Achtstundentag. Diese Forderung ist vom Finken zur Flamme, entfacht. Ueberall im Reich, und in allen Industrien wird lauter als jemals die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit erhoben, werpen zur Erreichung dieses Zieles Tarifverträge gefordert und Kämpfe

organisiert. In Berlin kündigten die Funktionäre der Metallindustrie u. a. das Arbeitszeitabkommen, um die 46-Stundenwoche zu erringen. Im Reichsgebiet Industriegebiet haben die Metallarbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Aus Stuttgart und anderswoher gelangen zu uns gleichlautende Meldungen.

Doch nicht nur die Metallarbeiter, auch andere Industrien zeigen die Arbeiterschaft in Bewegung, den Achtstundentag, ja eine noch kürzere Arbeitszeit zu erobern. In der Textil- und chemischen Industrie, nicht zuletzt im Graphischen Gewerbe, müssen die gewerkschaftlichen Instanzen dem Druck der Arbeiter folgend, Bewegungen einleiten.

Die Ortsoberverwaltung der Buchdrucker in München, Chemnitz, Erfurt und Breslau, die Handwerker und Hilfsarbeiter in Berlin, der Gauverein der Hamburger Buchdrucker fordern eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden, für gesundheitsgefährliche Beschäftigung und bei der Arbeit an hochproduktiven Maschinen auf 36 Stunden die Woche.

Die Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit heißt, heute noch steht sie in den Anfängen, morgen wird sie, gewaltige Kämpfe auslösend, die derzeit relative Stabilisierung mittels der kapitalistischen Nationalisierung auf Kosten der Arbeiter gebieterisch ein bis-hierberund-nicht-weiter beschließen.

In Sachsen sind es die Leipziger Metallarbeiter, die nach einem jahrelangen Frosch-Mäusekrieg in den Tarifkommissionen den ersten Vorstoß wagen, 130 000 Metallarbeiter an der Bewegung direkt interessierend. Rund 4000 Leipziger Metallarbeiter treten in den Kampf; die am Diktat durch lendenfame Gewerkschafts-führer“ gewählten Unternehmer sperren weitere 20 000 Arbeiter aus, mit der Forderung, über die Gesamtmetallindustrie Sachsens die Ausperrung zu verhängen. Sachsens sozialdemokratischer Arbeitsminister von der „alten“ Richtung, der Kandidat für den Sekretärposten im Dresdner Ortsoberverband des DMB, „übernahm“, wie man so sagt, die Wassertralle. Sonnabend, den 12. Februar wurde verhandelt; gegen die Stimmen der Arbeitervortreter ein Schiedspruch gefällt, der auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter einer prozogenen Verhöhung gleich Tatsächlich: dieser Schiedspruch, gefällt vom Reuegatten Brandt, bringt eine Verlängerung der Arbeitszeit, und wie

der Volkstanz ganz richtig mitteilen weiß, eine Verschlechterung des Zustandes vor dem Streit.

Und was das gemeine, jedem aufrechten, bewußten Arbeiter beleidigende, direkt ins Gesicht schlagende an diesem Schiedsspruch ist: Die betriebstätigen Metallarbeiter sollen für ein Jahresschloß an den erwerbslosen Kollegen Berra über, auch eine für 10 Prozent um fünf Stunden die 18-Stundenwoche überschreitende Arbeitszeit, den Erwerbslosen die Betriebe nichtschließen halten, das Erwerbslosentum und Elend durch eigene Handlung vermehren.

Jedem Freund der Arbeiterklasse muß das Blut ins Gesicht steigen ob solcher Verhöhnung! Und doch sind namhafte Verbands- und Betriebsfunktionäre der Dresdner Metallarbeiter schon dabei, diesen Schandschiedsspruch zu unterstützen, indem sie erklären, der hundertprozentige Aufschlag für die Überstunden sei eine Verbesserung. Entgegen ihrer öffentlichen Stellungnahme vor der Kollegenschaft betreten in privaten Unterhaltungen diesen Standpunkt Höller, der 1. Bevollmächtigte im DMB Dresden und Lühner, der Vorsitzende des Betriebsrats bei E. u. M.

Die Stellung der Opposition zu diesem Schiedsspruch liegt in den drei Resolutionen begründet, die bei am 14. Februar tagenden großen Ortsverwaltung des DMB Dresden vorgelegt wurden und die wir an anderer Stelle veröffentlichten. Mit ihrer Stellungnahme befindet sich die Dresdner revolutionäre Opposition im DMB in vollster Übereinstimmung mit den Verfassern organisierter Metallarbeiter, die am Sonntag in 9 außerordentlich hart besetzten Bezirksversammlungen den Schandsspruch des Schlichters Brandt verurteilten, den Deutschen Metallarbeiterverband und DMB aufforderten, ihre ganze Kraft zur Unterstützung der sächsischen Metallarbeiter einzusetzen, den Kampf anzunehmen, wenn dieser Schiedsspruch verbindlich erklärt werden sollte.

So urteilen die organisierten Metallarbeiter Berlins, was tun können der DMB Dresden, der unter „links“sozialdemokratischer Leitung steht? In der großen Ortsverwaltung des DMB Dresden führten die Kollegen Höller und Händel, Lühner und Reisinger in den Anträgen der Opposition einen Einspruch an. Diese „linken“ Helden sind ganz selbstverständlich vor der Kollegenschaft Gegner dieses Schiedsspruchs, sie sind aber auch eben so selbstverständlich Gegner der Resolutionen der oppositionellen Opposition, obwohl insbesondere der Bevollmächtigte Höller in der großen Ortsverwaltung anerkennen mußte, daß die Resolutionen der DMB Kollegen Punkte enthalte, die er vollständig unterstütze, weil aber andere Punkte gegen das Statut verstießen sollten, und weil den Leipziger Kollegen durch Annahme der Resolution nicht geboten werde, empfahl Höller die Ablehnung.

Zieht einen Vergleich, Dresdner Metallarbeiter, zwischen dem Verhalten der Berliner Kollegenschaft und den Obmännern der Dresdner Betriebe, die in der großen Verwaltung sich als

uninteressiert hinstellten, magten, obwohl ganz zwangsläufig der für Leipzig gefällte Schiedsspruch auch für Dresden in Wirklichkeit tritt, falls die Leipziger Kollegen gezwungen werden, sich diesem Schandsspruch zu unterwerfen!

Metallarbeiter! Augen und Ohren auf! Die reformistische Bürokratie versucht mit allen Mitteln den so tapfer begonnenen Kampf der Leipziger Kollegen abzuwürgen. Erkennt die Zusammenarbeit des KVB-Schlichters Brandt mit den sogenannten linken Führern der sächsischen Metallarbeiter! Brandt fällt gegen die Stimmen der Arbeitervertreter einen Schiedsspruch. Die „linken“ Helden mimen vor der Kollegenschaft Opposition. Das Verhalten der Bevollmächtigten Höller und Händel, das ablehnende Verhalten der sogenannten linken SPD-Betriebsfunktionäre in der großen Ortsverwaltung zeigt ganz deutlich, daß auch die „linke“ SPD keine Unterstützung der Leipziger Metallarbeiter, keine Verbreiterung des Kampfes will, wie die Dresdner Opposition und die Berliner Kollegenschaft sie mit Nachdruck fordert.

Sehr leicht ist es, Opposition zu mimen, weil ja die Unternehmer die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs in Berlin beantragt haben. Erfolgt die Verbindlichkeitserklärung durch das Reichsarbeitsministerium — und daran zweifelt niemand — dann ist für die Reformisten aus dem Lager der linken SPD diese Angelegenheit erledigt.

Dresdner Metallarbeiter! Gleichgültig, ob und wie ihr politisch organisiert seid, diesen Plan der linken Sabotage müßt ihr jähzornig machen. Kein Betrieb der nicht sofort in Versammlungen Stellung nimmt zum Kampf der Leipziger Kollegen, um Verhalten der reformistischen Funktionäre in der großen Ortsverwaltung! Stellung müßt ihr nehmen im Sinne der Resolutionen der Opposition und der Berliner Metallarbeiter!

Die Kollegenschaft in den Dresdner Metallbetrieben ist schon seit Tagen erregt, weil die Ortsverwaltung so gut wie nichts tat, um die Verhältnisse zu informieren. Das Verhalten in der großen Ortsverwaltung muß helle Empörung auslösen. Diese Empörung muß sich gegen die reformistische Bürokratie richten, nicht gegen den Verband, denn der Verband ist doch durch das aktive Mitwirken aller organisierten Metallarbeiter am Leben des Verbandes, durch den Eintritt des letzten Kollegen in den DMB müßt ihr, Metallarbeiter, auch durch die Wahl der Vertrauensleute eine Organisation schaffen, die das tut, was ihr wollt; die eine geschlossene Front der Metallbetriebe aller Industrieorganisiert um Kampf!

Gegen diesen Schandsschiedsspruch!
Für den Achtundentag!
Für die Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß!
Gegen jede Verschlechterung der Lage der Arbeiter durch die kapitalistische Nationalisierung!
Heraus zum Streit gegen die Unternehmerbürokratie!

Die Dresdner Ortsverwaltung des DMB zum Leipziger Streit

Der Bevollmächtigte verhindert die Abstimmung.

Am Montag, dem 14. Februar tagte im Volkshaus die Konferenz der Obleute der Metallbetriebe (große Ortsverwaltung), in der der 2. Bevollmächtigte Händel den Bericht über die Verhandlungen im sächsischen Arbeitsministerium erstattete. Die von der Opposition vorgelegten Resolutionen waren den Bürokraten sichtbar unangenehm. Durch die Stellungnahme der Opposition wurde das feige Ansehen der Dresdner Ortsverwaltung unendlich gemindert, weil sie nimmermehr gezwungen wurde, ihre Stellungnahme zum Leipziger Streit und seiner Verbreiterung zu erklären.

Nach einer recht lebhaften Diskussion, in der alle Redner die von der Opposition vorgelegten Argumente anerkennen mußten, verlangte die Opposition Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen.

Was nun folgte, was sich der Bevollmächtigte Höller als Leiter der großen Ortsverwaltung leistete, spricht allen Gesinnungen der modernen Arbeiterbewegung Hohn. Höller — so sagte er — sei zwar mit einer Anzahl Gesichtspunkte der Resolutionen einverstanden, weil aber andere Punkte gegen das Statut verstießen, lehne er es ab, über die Resolutionen abstimmen zu lassen. Gegen dieses Verhalten erhob die Opposition scharfen Protest. Ohne über die Anträge der Opposition abstimmen zu lassen, schloß Höller die Sitzung.

Kollegen in den Betrieben! Das ist die Stellungnahme der großen Verwaltung zu Fragen, die für jeden Metallarbeiter Lebensfragen sind. Nehmt Stellung in den Betrieben! Tragt Sorge, daß frisches Blut in den Funktionärskörper des DMB einzieht!

Die Forderungen der Opposition

Resolution.

Die Große Ortsverwaltung des DMB nimmt mit Entzückung Kenntnis von dem unannehmbaren Schiedsspruch, der am Sonnabend, den 12. Februar 1927 im sächsischen Arbeitsministerium unter Vorsitz des Renegaten Brandt gegen die Stimmen der Arbeitervertreter gefaßt worden ist.

Die Obmänner der Dresdner Metallbetriebe sprechen den Leipziger Kollegen ihre volle Solidarität in ihrem gerechten Kampfe aus.

Weil der gefällte Schiedsspruch nicht die geforderte, im Interesse der Verminderung der Erwerbslosigkeit notwendige Arbeitszeitverkürzung, sondern eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit bringt, fordert die Große Ortsverwaltung des DMB Dresden die Leipziger Kollegen auf,

den Schiedsspruch einstimmig abzulehnen, und, falls er für verbindlich erklärt werden sollte, ihm die Anerkennung zu verweigern.

Einschließung.

Die Kosten des verlorenen Weltkrieges zahlte in Deutschland einzig und allein die Arbeiterklasse. Während das Land, Industrie und Agrarkapital laufend höhere Gewinne einheimt und die Kurswerte der Aktien der deutschen Industrie und Banken steigen, verschlechtert sich die Lage der Betriebstätigen und erwerbslosen Arbeiter, Angestellten und Beamten fortlaufend.

Um der Verelendung der deutschen Arbeiterklasse Einhalt zu gebieten, müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dem auf Profit, nur auf Profit verlassenen Klasseninteresse der Bourgeoisie mit allen dem Proletariat zur Verfügung stehenden Kampfsmitteln entgegenzutreten, um

- a) den harten Achtundentag für alle Industrien zu erkämpfen, und
- b) jede Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Nationalisierung abzuwehren.

Erfüllt wenn das deutsche Proletariat diese Forderungen erobert hat, wird es möglich sein, im Angriff gegen das Unternehmertum eine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung zu erkämpfen.

In der klaren Erkenntnis, daß die vom DMB und den deutschen Zentralgewerkschaften bisher angewandten gewerkschaftlichen Kampfsmittel nicht ausreichend sind, um auch nur die Verschlechterung der Lage der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten abzuwehren, beschließt die große Ortsverwaltung des DMB Dresden:

Unterstützt an alle Verwaltungen der freigeberwirtschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände aufzufordern heranzutreten, öffentlich und im Bezirksratsstabe Kommissionen zu bilden mit der Aufgabe, eine geschlossene Front aller In-

teressierten zu bilden mit dem Ziel, zu nächster Zeit und einheitlich den Kampf anzunehmen für den Achtundentag, für höhere Löhne und gegen den Vertriebsminister des Unternehmers.

Die Unternehmer behandeln jeden Mann als einen wertlosen Fleck Papier immer, wenn es ihr Interesse gebietet, während andererseits und unveränderlich die Arbeiter des DMB und der Zentralgewerkschaften den Tarifverträgen als unerschrocken stehen.

Die Dresdner Metallarbeiter fordern alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, die Frage des einheitlichen Kampfes zur Erringung des achtundentägigen Arbeitsjahres und zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter in allen Betrieben und gewerkschaftlichen Zusammenhängen zu diskutieren und die bestehenden Tarifverträge gleichfalls als Forderer zu behandeln.

Als den Hauptvorwand des DMB rühmt die Dresdner große Ortsverwaltung die Aufforderung, mit dem gleichen Zweck und Ziel an sämtliche Zentralverbände und den DMB heranzutreten. Die Dresdner Metallarbeiter erwarten, daß der Vorstand alles einseht, um alle freien Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen zur gewerkschaftlichen Einheitsfront zusammenzubringen im Kampfe

für den Achtundentag.

gegen jede Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Nationalisierung! Für eine Lebenshaltung der deutschen Kopf- und Handarbeiter, die der Lebenshaltung der Fortkriegszeit entspricht!

Die Berliner Metallarbeiter für den Kampf

Berlin, 15. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Berliner Metallarbeiter nahmen am Sonntag vormittag in 9 außerordentlich gutbesetzten Bezirksversammlungen zu dem Schandsspruch des Schlichters Brandt Stellung. Der Schiedsspruch wurde in allen Versammlungen einstimmig abgelehnt. Der Deutsche Metallarbeiterverband und der DMB wurden in den Versammlungen aufgefordert, ihre ganze Kraft zur Unterstützung der sächsischen Metallarbeiter einzusetzen und den Kampf aufzunehmen, wenn dieser Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden sollte. Heute Dienstag findet die Abstimmung über den Streit durch alle Streitenden und ausgepörrten Metallarbeiter statt. Die Landesleitung der oppositionellen Metallarbeiter Sachsen fordert in einem Flugblatt die Ablehnung des Schiedsspruchs und die Ausdehnung des Kampfes auf alle wichtigen Metallbetriebe. In 5 Versammlungen wurden oppositionelle Anträge angenommen, durch die vom DMB Landesausführer ein entscheidender Kampf für die Abberufung des Schlichters Brandt, Haas und Panofka verlangt wird. Die Kampfstimmung ist außerordentlich gut.

Die Fabrikarbeiter vor dem Kampf

Halle, 14. Februar. (Telunion.) Die Landesleitung der Provinz Sachsen des Fabrikarbeiterverbandes hat das Ueberstundenabkommen vom Jahre 1925 zum 1. April d. J. gekündigt.

Kongress der Kolonialvölker in Brüssel



Das Präsidium

Die „Tuberkulosebekämpfung“

Am Freitag und Sonnabend hat in Dresden eine Zusammenkunft der Fürsorgeärzte und Fürsorgebeamten und Beamtinnen zwecks Bekämpfung der Kindertuberkulose stattgefunden. Die Hauptreferenten waren der Landgewerbezugsdirektor Thiele und der Professor Döller von der Universität Leipzig. Von beiden Hauptreferenten wurde ausgeführt, daß die Tuberkulose in erster Linie eine Proletariatskrankheit ist, so seien in Wien nach Untersuchungen von Proletariern 94 bis 96 Prozent mit Tuberkulose infiziert. Der Ausbruch der Krankheit werde in erster Linie durch den Hunger bewirkt. Eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose durch die Ernährung bestände in Fleischloß und guter Butter. (Nahrungsmittel, die dem Proletariat meistens fehlen, d. R.) Die Verbreitung der Tuberkulose findet hauptsächlich dadurch statt, daß Menschen, entweder Familienangehörige oder andere Leute, die eng zusammen wohnen die kleinen Kinder durch den Tuberkelbazillus infizieren. Besonders die Kinder in den ersten Lebensjahren seien überaus empfänglich für die Tuberkuloseinfektion. Es sei deshalb unumgänglich notwendig, Menschen, welche Tuberkelbazillen verbreiten, aus der Umgebung von kleinen Kindern zu entfernen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, eine Anstalt in Sachsen zu gründen für Kinder, die an offene Tuberkulose leiden, d. h. welche Tuberkelbazillen ausatmen. Zu diesem Zwecke wären etwa 20 Millionen Mark notwendig. Ferner sei es notwendig, in Sachsen ein Zentralinstitut zur planmäßigen Bekämpfung der Tuberkulose zu errichten. In der Diskussion sprach Genosse Dr. Schmidt. Er führte aus, daß der Kampf gegen die Tuberkulose ein sozialer Kampf sei und daß die Arbeiterklasse, wenn sie um bessere Löhne und um bessere Wohnverhältnisse gegen die Bourgeoisie kämpft, sie gleichzeitig den Kampf gegen die Tuberkulose führt. Er schloß sich warm ein für die Errichtung eines Zentralinstituts und für Waldheimstätten für tuberkulöse Kinder und versprach im Landtag die entsprechenden Anträge einzubringen. Obwohl der Referent Professor Döller in seinem Referat auf die Bedeutung der Rolle des Proletariats für die Ausbreitung der Tuberkulose-Erkrankungen hingewiesen hatte, konnte er es doch nicht unterlassen, in seinem Schlusswort zu sagen, daß der Kampf gegen die Tuberkulose nichts mit Politik zu tun hätte. Wie reaktionär die Mehrzahl der Fürsorgebeamten Sachsen eingestellt ist, bewies der Beifall, den er für diese seine Bemerkung erhielt. Es ist Aufgabe der Arbeiterklasse, dafür zu sorgen, daß in erster Linie Fürsorgebeamte und Beamtinnen eingestellt werden, die in ihrem ganzen Denken und in ihrer Gesinnung auf der Seite der Arbeiter stehen, denn nur solche Beamte können die Arbeiterklasse in ihrem schweren Kampfe gegen die verheerenden Seuchen wirksam unterstützen.

Zahlreiche Bleivergiftungen durch Trinkwasser in der Leipziger Lungenheilstätte in Gora bei Adorf

In der Leipziger Lungenheilstätte Gora bei Adorf ist durch löslichen Bleisulfat Wasser, das durch Bleiröhren fließt, seit Jahren eine Verunreinigung des Trinkwassers mit Blei bis zu 5 Milligramm einströmte. Infolge dieser Verunreinigung des Wassers und der Leiter der Anstalt, seine Familienangehörigen und weitere Angestellte der Anstalt an Bleivergiftung schwer erkrankt. Genauere Untersuchungen werden ergeben, wieviel von den Heilungsuchenden infolge der Bleivergiftung ebenfalls erkrankt sind. Die Bleivergiftung äußert sich in schweren Erkrankungen der Darmfunktionen und des Kreislaufsystems, andauernden schweren Kopfschmerzen, Muskelzittern und Veränderungen des Blutes. Nur diese unerhörten Zustände in einer Heilstätte, wo zahlreiche Arbeiter, anfängliche Gelandung von ihrer Krankheit zu finden, bis nach der Gefahr einer schweren Bleivergiftung ausweichen, und der Rat der Stadt Leipzig und die Anstaltsorgane der sächsischen Regierung verantwortlich. Wie wir erfahren, sind auch in anderen Orten Sachsens Bleivergiftungen durch Bleiröhren vorgekommen.

Scharfer Kurs wird verlangt

Die tägliche Rundschau meint zur Aenderungsdebatte abschließend, daß die Opposition jetzt das Maul halten könne und einhaltige Arbeit, die Erntebewegung, geleistet werden müsse.

Dann kommen die großen sozialpolitischen Gehege, bei denen Arbeit bekannt werden muß. Es würde die Festigkeit der neuen Koalition hängen, wenn die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien unendlich ihr Augenmerk allein auf sie und ihren Bestand richten und die Lebenswürdigkeit gegen links etwas eindämmen wollten.

Einfacher ausgedrückt heißt das: unsere sozialpolitischen Gehege machen wir nach unserer Schattenscheren-Initiativen und Methoden; die Opposition hat nichts zu sagen und die Regierungsparteien werden auch auf die härteste Anzeigung, z. B. der getreuen demokratischen Opposition, nicht reagieren.

Eine Aktion für China

Die Antikolonialkonferenz

Brüssel, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf der gestrigen Vorkonferenz der Antikolonialkonferenz wurde von der Konferenz des „Hande-weg-und-China-Komitees“ berichtet. Es wurde beschlossen, eine Delegation nach China zu entsenden, die Herstellung von Rantun zu unterbinden und Kriegstransporte zu verhindern. Die Konferenz fordert die Amerikaner Internationale auf, eine Aktion für China zu organisieren und beschloß, für folgende Forderungen einzutreten: Verhinderung von Munitions- und Truppentransporten nach China, Anerkennung der Kanton-Regierung. Am Schluß der Konferenz möchte Manjenderg die Mitteilung, daß auf dem Kongress eine Weltliga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung gegründet worden sei. Die aktuelle Aufgabe sei gegenwärtig die Hilfe für die am ihre Befreiung kämpfenden. Zum Schluß der Weltliga wurde Paris bestimmt. In die ständige Exekutive wurden u. a. gewählt: Jimmen, Münchenberg, Barbusse und Landsburg.

Der Vorwärts gegen die koloniale Befreiung

Berlin, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der heutige Morgen-Vorwärts pöbelt in einem Artikel den Antikolonialkongress an und nennt ihn ein halbkommunistisches Geheiß, mit dem die sozialdemokratischen Arbeiter nichts zu tun hätten. Der Vorwärts behauptet, die Sozialdemokraten, die diesen Aufruf unterzeichnet hätten, wären über die eigentlichen Ziele nicht unterrichtet. Im übrigen hätten die Kommunisten kein Recht, gegen koloniale Unterdrückung zu protestieren, es müßte doch der „russische Imperialismus“ die kolonialen Völker genau so als Schachfiguren verwenden wie der englische. Der Vorwärts weist dabei auf Georgien hin und schreibt am Schluß, der ablehnende Standpunkt sei notwendig gerade im Interesse des Sozialismus im Kampfe gegen die Reaktion.

Ungeheure Zuchthausurteile in Litauen

Kowno, den 11. Februar 1927.

Das Feldgericht in Litauen verurteilte Maimal zu lebenslänglichem Zuchthaus, Kurlietis und Kipiel zu je 15 Jahren Zuchthaus, Gordon zu sechs Jahren Zuchthaus.

Die Angeklagten wurden der Propaganda gegen die bestehende Ordnung beschuldigt.

In der letzten Zeit wurden in ganz Litauen auch unter den Sozialdemokraten Massenerhaftungen vorgenommen. Die sozialdemokratische Sejmfraktion hat bei der Regierung Protest eingelegt.



15. Februar 1924: Allgemeiner Dofarbeiterkongress in England - 1921: Beginn des "Kote-Armer" Prozesses in Kassel.

Pestalozzi und die Religion

Aus Pestalozzis Werken. Figuren zu einem ABC-Buch oder zu den Anfangsgründen meines Denkens.

Hans und Benedikt.

Hans: Sei ruhig, lieber Hans! Benedikt: Ich kann nicht, ich leide Unrecht. Benedikt: Die Religion sollte dich trösten. Hans: Sie sollte mir helfen. Benedikt: Sie wird dir in deinem Innern helfen. Hans: Das ist nicht wahr! Wenn sie mir in meinem Innern nicht hilft, so ist sie für mein Inneres nicht da. Benedikt: Du lästerst! Hans: Ich rede die Wahrheit, "Gott ist nicht da, und der Glaube an Gott ist nicht da, wenn das Unrecht nicht aufhört." Benedikt: Ich zittere. Hans: Wenn du keine Kraft hast gegen das Unrecht, so laß deine Kulte ab, diene für feilen Gewinn und trage die Last der Herrschaft, der du gehörst. Benedikt: Das hätten sich freilich der Heiland und seine Apostel nicht sagen lassen. Hans: Auch dein Großvater, der bei uns Pfarrer war, hätte sich das nicht sagen lassen.

Pestalozzi und die bürgerliche Justiz

Es ist eine Schande! Man läßt alles Unkraut wachsen, bis es erstickt; dann mühlt man mit der "öffentlichen Gerechtigkeit" unter dem verheerten Volk, wie die wilde Sau im Korn, und meint noch, mit dieser Schnorenarbeit die höchste Weisheit der bürgerlichen Gesetzgebung erreicht zu haben. (Lienhard und Gertrud.)

Für die Einheit der Freidenkerbewegung

Die einstimmigen Beschlüsse der Vereinigungs-Generalsversammlung der beiden proletarischen Freidenkerorganisationen: die Gemeinschaft proletarischer Freidenker und den Verein der Freidenker für Feuerbestattung zu einer Einheitsorganisation zu verschmelzen, finden nunmehr auch in Dresden ihren Niederschlag.

So wird uns berichtet, daß in der Generalversammlung der 3. Gruppe Laubegast der Verschmelzung der beiden proletarischen Freidenkerorganisationen einstimmig zugestimmt wurde.

In Kämpfen gegen die Eigenbrötler, gegen jene Mitglieder der 3. Gruppe, die die Dresdner proletarische Freidenkerbewegung isolieren wollen, stehen kommunistische Freidenker in vorderster Front. So haben die Striesener Freidenker, längst in die kommunistische Partei organisiert, die Kommunisten der Einheit der Freidenkerorganisation einhellig ausgesprochen und die sich der Vereinigung entgegenstellenden Behauptungen aufs Schärfste verworfen.

Die kommunistische Partei, die national und international die Einheitsfront aller überparteilichen Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, der Arbeiterpartei, der Arbeiterbewegung vertritt, muß von Hause aus auch für die Einheit der Freidenkerbewegung sein. Jene wenigen Parteimitglieder in Dresden, die sich dieser Ansicht zu verhalten scheinen, haben von Lenin Theorie und Praxis über die Bedingungen des revolutionären Klassenkampfes auch auf freidenkerlichem Gebiet nichts, aber auch gar nichts begriffen. Die Partei wird sich mit jenen der Verschmelzung entgegenstehenden Menschen über die grundlegenden Fragen und Aufgaben einer proletarisch-marxistischen Kulturbewegung eingehend unterhalten und sie hofft, daß die letzte Gewölle davon überbringt werden wird, daß die Einheit der Freidenkerbewegung eine notwendige Notwendigkeit ist im Interesse des proletarischen Weltkampfes.

Hilfspreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege.

Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt gewährt in diesem Jahre (1927) den Jugendabteilungen und deren Begleitern Ermäßigungen: Für mindestens 10 Teilnehmer bis zum 16. Lebensjahre 50 Prozent Ermäßigung auf die Kinderfahrpreise bei ein-tägiger Fahrt und 40 Prozent Ermäßigung auf die Kinderfahrpreise bei Hin- und Rückfahrt; für mindestens 10 Teilnehmer über 16 Jahre 50 Prozent Ermäßigung auf die Fahrpreise für Erwachsene bei ein-tägiger Fahrt und 60 Prozent Ermäßigung auf die Fahrpreise für Erwachsene bei Hin- und Rückfahrt auf die errechneten Stredenpreise.

Diese Ermäßigung wird mit Ausnahme der beiden Pfingstfeiertage auf persönlichen Antrag durch einen mit dem amtlichen Nachweis der Reichsbahn versehenen Führer an jeder mit Fahrscheinticket versehenen Station, im Reisebüro und beim Schiffskondukteur ohne besondere Formalitäten gewährt. Die Einreichung schriftlicher Gesuche kann demnach unterbleiben.

Eine je einmalige Unterbrechung auf der Hin- und auf der Rückfahrt ist an Wochentagen zulässig, doch ist hierzu dem Schiffskondukteur Mitteilung zu machen, da in diesem Falle ein Zuschlagungsvermerk auf dem Gesamtfahrchein angebracht wird.

Badekurunterstützungen

Für bedürftige sächsische Landesbewohner können auch dieses Jahr in beträchtlichem Umfange Badekurunterstützungen für Bad Eger, Tepitz und Karlsbad gewährt werden. Bei den geringen Mitteln, die zur Verfügung stehen, können nur die dringlichsten Fälle Berücksichtigung finden. Die Unterstützungsanträge sind spätestens bis 28. Februar 1927 beim zuständigen Wohlfahrtsamt (Dresden: Fürsorgeamt; Leipzig: Zeitungsamt) einzureichen. Körperliche Jungmänner sind zunächst nicht befähigt, sie werden nach Prüfung der Verhältnisse ein-gelordert. Nähere Auskunft erteilen die Wohlfahrtsämter.

Vormarsch des Jugendverbandes

Die Bezirkskonferenz des RVD Bezirk Ostschlesien

Am 12. und 13. Februar traten die Delegierten des ostschlesischen kommunistischen Jugendverbandes zusammen, um das Fazit der Tätigkeit ihrer Organisation zu ziehen und zu ihren Aufgaben auf Grund einer gründlichen Analyse der Lage konkrete Stellung zu nehmen. Der Saal von Ostel Toms Hütte war mit roten Fannern und bunten Plakaten der Jugend geschmückt. Ueber den Wänden des Präsidiums prangte auf rotem Tuch der Kampfruf:

Der Jugend die Zukunft!

Eine interessante Ecke hatte die Antiprozess-Abteilung aufgestellt. Wandzeitungen gaben ein gutes Bild von dem Leben einzelner besonders aktiver Gruppen (leider ist diese ausgezeichnete Einrichtung vorläufig noch auf einzelne Gruppen beschränkt, hoffentlich werden die Beispiele!). Eine überhöfliche Zusammenstellung über gute und schlechte Propaganda, Werbemittel usw. regten schon eine Diskussion unter den Delegierten längst vor Beginn der Konferenz an.

Die Konferenz, die von annähernd 70 Delegierten und 50 Gästen besucht war, wurde vom Genossen S. B. B. eröffnet. Dem Gehalt des Jugendkampfes "Wir sind die erste Reihe..." folgten die Begrüßungsansprachen des Genossen Kraus als Vertreter der Roten Jungfront, eines Vertreters des Jungparteiabtes, des Genossen G. G. G. als Vertreter der kommunistischen Partei und des Genossen C. u. n. als Vertreter des Zentralkomitees des Jugendverbandes. Alle betonten die Notwendigkeit der intensiven Unterbreitung der Arbeit des ostschlesischen Jugendverbandes.

Der Sonnabendabend wurde völlig ausgefüllt durch den Bericht der Bezirksleitung und die anschließende Diskussion. Diese zeigte, wo Fehler gemacht und Mängel festgestellt werden konnten, aber deutlich wurde auch der ununterbrochene Vormarsch des Verbandes auf allen Gebieten, deren Bearbeitung keine Aufgabe ist. Die Führung der Kampagnen die Fortschritte in der Zunahme an Mitgliedern und Schaffung neuer Ortsgruppen waren Beweis dafür. Andererseits mußte die Feststellung der Mängel an Verantwortung in Großbetrieben

die unbedingte Notwendigkeit der Verhärtung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit unterstreichen.

Der zweite Tag wurde durch ein außerordentlich klares politisches Referat des Vertreters des RVD des RVD eingeleitet, das die politische und wirtschaftliche Weltlage und die der gesamten kommunistischen Bewegung darlegte. Ausführlich zeigte er die besonderen der Jugendbewegung auf Grund der Lage erwachsenden Aufgaben. Die wirtschaftliche Offensive des Kapitals die durch die Nationalisierung die politische, die durch die reaktionären Gelecke gegen Schund und Schmutz, für Arbeit und Pflicht, das kommende Vereinsgeleit, das drohende Reichsreformgesetz charakterisiert ist, fordern gebieterisch dem Jugendverband verschärfte Aktivität. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenem Referat folgte eine kurze Ansprache des Vertreters des Leipziger Bezirks des RVD und eine ausgedehnte politische Diskussion die die lebhafteste Anteilnahme der Jugend an den politischen Problemen zeigte. Interessant war, daß die Frage der Bedeutung und Rolle der kapitalistischen Nationalisierung und der Stellung der Gewerkschaften dazu einen breiten Raum in der Diskussion einnahm. Während des Schlusssatzes des Referenten hatte die Pianierschule des Jungparteiabtes vor dem Logenlokal Aufführung genommen, um in kurzer Darstellung den Willen zu einheitlicher Arbeit mit dem Jugendverband zu demonstrieren. Einer späteren ergiebigen Aussprache über die nächsten Aufgaben folgte dann die Abstimmung über die Resolutionsentwürfe, die sämtlich einstimmig angenommen wurden. Eine Beschlussesadresse an die politischen Organen, besonders an den ehemaligen Landesjugendleiter Fritz Gähler, der zur Zeit in Rauten im Gefängnis schmachtet, und an die am 20. Februar in Dresden zusammengetretene JVA-Jugendkonferenz wurden ebenfalls angenommen. Nach Erlebigung der Anträge und Vornahme der Wahlen fand die ausgedehnte, verlaulene Konferenz, die die besten Hoffnungen für den weiteren Vormarsch des Jugendverbandes erweckt, mit dem Gehalt des lustigen Stürmliedes "Brüder, zur Sonne..." ihr Ende. Nun, Jugendgenossen! Macht jetzt euer Gelübnis wahr!

Seid unsre erste Reihe!

Und noch einmal Studentenheim: Memmingerstraße

Wir waren schon einmal genötigt, gegen die Verletzung und Behandlung des im Studentenheim beschäftigten Personal Stellung zu nehmen. Jetzt ist uns ein neuer Fall gemeldet worden, der zeigt, daß die vor uns aerzigten Mängel noch immer bestehen. Der jetzt vorliegende Fall ist folgender: Die Leitung des Studentenheims hatte vom Arbeitsnachweis eine Garberbesten angefordert. Fräulein Haupt vom Zentral-Arbeitsnachweis schickte zwei Frauen zum Vorstellen hin. Dort wurde den beiden Frauen erklärt, daß der Dienst vom 11. bis 12. Uhr beginne und bis nachts 12 Uhr dauere! Dazu kommen Ueberstunden (bis nachts 2 Uhr), die aber nicht bezahlt werden!

Für diese täglich mindestens 14stündige Arbeitszeit bezahlt das Studentenheim monatlich 30 Mark! Hierzu wird noch ein Mietbeitrag von 24 M. pro Monat gewährt. Eine der sich vorstellenden Frauen wohnt in Witten, sie müßte, um rechtzeitig den Dienst antreten zu können, mindestens eine Stunde vor Beginn des Dienstes von ihrer Wohnung wegfahren, so daß sie, wenn keine Ueberstunden gemacht werden, 15 Stunden untermwegs wäre für - 30 Mark!

Da die Frau jeden Abend den Nachtwagen benutzen muß, braucht sie pro Monat allein 18 Mark für Fahrgeleit! Von ihrem Lohn verbleiben dann praktisch nur noch 12 M. zum "Leben" für 31 Tage!

Natürlich lehnten die beiden Frauen es ab, für so "füßliche Bezahlung" zu arbeiten.

Nun kommt das Begehrendste: Fräulein Haupt vom Arbeitsnachweis erklärte, die Frauen hätten die Arbeit annehmen müssen. E. i. nachdem sie feststellte, daß noch 4 M. an dem Tarif fehlten, sprach sie nicht mehr von "annehmen müssen", sie erklärte eher: "wegen der einen Mark pro Woche könne sie ruhig hingehen, das sei doch so minimal". (!)

Versucht man auf diese Art und Weise, vom JVA den instematischen Tarifbruch zu unterstützen?!

Rot-Front-Rundgebung in Laubegast

Eine gutgefundene Feler des einjährigen Bestehens veranstaltete am Sonnabend in Stadt Laubegast der Rote Frontkämpferbund Groß-Dresden, Abt. Laubegast. Unter Mitwirkung der Schalmekapelle, der Arbeiterfänger und -turner widmete sich das Programm abwechslungsreich ab. In der eindrucksvollen Ansprache des Kom. Schneider wurde die so notwendige Einheitsfront der proletarischen Organisationen herbeigeföhrt, um eine geschlossene Abwehr gegen die vorstehende Reaktion möglich zu machen. Jungpartei und Jugendgenossen trugen durch Reitationen zu dem Gelingen des Abends bei. Besonderer Anklang fand das Stürmlied der Bayern 1926, das von der Schalmekapelle gespielt und dessen Text von einer Jugendgenossin rezitiert wurde. Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß diese Veranstaltung den revolutionären Einheitsfrontgedanken förderte und werdend für unsere Bewegung war. (Arbeiterkorresp.)

Die Rote Hilfe

Ortsgruppe Dresden

veranstaltet am Dienstag, dem 15. Februar, abends 7,30 Uhr in der Reichstr. und Mittwoch, den 16. Februar, abends 7,30 Uhr im Keglerheim einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt

"Sterbende Mütter"

Ein Beitrag zum Schmachtkapitel der SS 218/19. Alle Genossinnen und Genossen werden aufgefordert, diesen Abend zu besuchen.

Ortsgruppenleitung der RS Groß-Dresden.

Haltestellenveränderungen auf dem Wittenbacher Platz. Am Mittwoch, den 16. d. M., werden aus Gründen der Verkehrs-sicherheit die jetzt in der Mitte des Wittenbacher Platzes nach dem einmündenden Straßen verlegt und zwar: für die Linie 6 in die Köhlhütterstraße und für die Linien 8, 10 und 26 in die Ammonstraße. Die Haltestellenbenennungen bleiben unverändert.

Der Dresdner Fremdenverkehr im Jahre 1926. Nach einer neuerlichen Statistik des Abt. Verkehrsamtes wurden im Jahre 1926 in Dresden im ganzen 432 856 Fremde gemeldet, das sind rund 9000 mehr als im Jahre 1925. Das Mehr betrifft fast nur Ausländer, die wohl zum größten Teil auch auf das Konto der Gartenschau-Ausstellung der Jahreschau zu setzen sind. Gegenüber dem Friedensjahre 1919 brachte das vergangene Jahr 52 175 Fremde mehr nach Dresden. Interessant sind auch die Fremdenkategorien auf dem Weichen Hirtel. Hier hat man für 1926 zum erstenmal die Zahl der Uebernachtungen verzeichnet. Sie betrug 171 500, so daß auf jeden Fremden eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 14,2 Tagen kam. Die Zahl der Uebernachtungen in Dresden überhaupt wird auf 800 000 geschätzt.

Dresdner Volksbühne G. V. Die 3. Sonderveranstaltung des Vereins Dresdner Volksbühne findet am 15. Februar 1927 im Künstlerhaus, abends 8 Uhr statt. Walter von Molle, Mitglied der Akademie für Musik, liest aus eigenen Werken. Eintrittspreise für Mitglieder 0,50 M., für Nichtmitglieder 1,50 M., Kartenerwerb: für Mitglieder in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 31/36, an den Kartenverteilungsstellen des Vereins in den Theatern und an der Abendkasse; für Nichtmitglieder bei A. Ries, Seestraße 21, in der Geschäftsstelle und an der Abendkasse.

Sarralanis Parade der Epikureerinnen. Nur zwölf Tage weilt die Sarralanische wieder in ihrem Heimatort in Dresden. In allen Städten, die Sarralanis während seiner Tournee teils mehrwöchig beluchte, war er Gegenstand außerordentlich großer Euldringungen von Seiten des Publikums. - Chinesische Gaukler elegante waghalsige Japaneer Tischerellen in ihren wilden Reifküssen, Akrobaten unter der Arbuskappel am Trapez zeigen ihr staunenswertes Können. Dazu die Glanz- und Brauturkunde der Dressur. Vor allem wiederum die gewolligen Elefanten, die imponenten Werdeguppen, die Bären, Löwen und Kamele. Auch die Zahl der Sarralanis-Gäste hat sich vergrößert. - Sonnabend nachmittag, wie auch Sonntag nach-mittag finden um 3 Uhr Kinder- und Familienvorstellungen statt bei vollem Abendprogramm. Die Abendvorstellungen be-ginnen pünktlich 7,30 Uhr abends.

Staats- und Gemeindearbeiter!

Heute Generalversammlung in den Annen-paten, mit 7,30 Uhr sonder 6,30 Uhr abends.

Rundfunk

Mittwoch, den 16. Februar:

- 4,30-6 Uhr: Nachmittags für die Jugend. Zäpfel Kerns "Abenteuer". Nach der italienischen Puppen-Historie "Pinochio" von Collodi, bearbeitet von Julius Bierbaum. Mitwirkende: Vija Helma (Reitationen) und die Dresdener Rundfunkhauskapelle. Dirigent: Gustav Agante. 6,05-6,20 Uhr: Korrekturen. 6,20-6,30 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsermittlung. 6,30-6,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Friedel und Viktor Mann; Enalich für Anfänger. 7-7,30 Uhr: Dr. Stratil-Sauer: "Der Nam von heute in Korberaken". 7,30 Uhr: Wetternovausgabe, Schneebericht und Zeitangabe. Das Zeitliche Beethovens im Spiegel der Kultur. 7. Abend. 7,45-8,15 Uhr: Vortrag: Dr. Valerian Tornius: "Das Er-wachen der Romantik". 8,15 Uhr: Konzert und Reitationen. Anschließend Kunstprange. 10,10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10,25-12 Uhr: Tanzmusik.

Witterungsaussichten für Sachsen vom 15. Februar abends bis 16. Februar abends. Geringes Ansteigen der Temperaturen unter Wegfall der bisherigen großen Schwantungen zwischen Tag- und Nachttemperaturen; nachts noch leichter Frost. Wech-selnd bewölkt, zur Nebelbildung neigend, örtlich, vorwiegend im Gebirge, zeitweilig geringer Schneefall. Schwache Luftbewegung.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostschlesien: Bruno G. Goldhammer, Dresden, für den ostschlesischen Abt.: Rudolf Kenner, Dresden. - Druck: Neuaug-Druckerei, Alteste Dresden.

Achtung Metallarbeiter!

Am Mittwoch, den 16. Februar abends 8 Uhr im Raulbachhof, Raulbachstr., Fraktionsversammlung Tagesordnung: Der Metallarbeiterkampf in Sachsen

Zur Betriebsrätewahl

Kampf um die Betriebsräte!

Der Landesvorstand des ADGB fordert die Arbeiterschaft in einem Aufruf auf, die diesjährige Neuwahl der Betriebsräte in den Monaten Februar-März durchzuführen.

Die Betriebsräte wählen finden im Zeichen eines weiteren Fortschrittes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse statt. Die Bildung der offenen Bürgerblockregierung leitete eine weitere Etappe der Zurückdrängung und der Niederdrückung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten ein. Das Machtwort des Unternehmertums ist weiter gewachsen, seine brutale Diktatur unentzerrlich für die Betriebsräte und die Arbeiter und in allen Gebieten im Kampf gegen die verschärfte Reaktion auf den Gebieten fallen den Betriebsräten wichtige Aufgaben zu. Die Betriebsrätewahlen sind deshalb von größter Bedeutung.

Im Aufruf des ADGB zu den Betriebsrätewahlen wird die Bildung der Regierung der Schlotbarone, Krankhafter und Pfaffen und die verschärfte Unternehmertumspolitik nicht einmal erwähnt, darin kommt die ganze Einstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokratischen Partei zu den Betriebsräten zum Ausdruck, welche von ihnen lediglich als Katalysator zur praktischen Durchführung der Arbeiterbewegungspolitik betrachtet werden, die sich nicht mit Politik und proletarischem Klassenkampf zu beschäftigen haben.

Die Kommunistische Partei sieht dagegen in den Betriebsräten wichtige Organe und Funktionen des proletarischen Klassenkampfes. Die Betriebsräte sind die wichtigsten Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben. Darüber hinaus sind sie die Vertretung der gesamten Arbeiterschaft einschließlich der noch gewerkschaftlich unorganisierten in den Betrieben. Lokal, industrieweise und zentral zusammengefaßt könnten die Betriebsräte auch in der Zeit der verschärfsten Unternehmertumspolitik ein wichtiger Faktor des proletarischen Klassenkampfes sein. Anstatt der Zurückdrängung der Betriebsräte in den einzelnen Betrieben durch das Unternehmertum, wird die Zusammenfassung und das geschlossene Auftreten der Betriebsräte immer mehr zu einer Lebensfrage für die Betriebsräte als Organe der Arbeiterschaft. Sollten die Betriebsräte nicht zu hilflosen Gelehrten herabgedrückt, dann müssen sie zusammengefaßt werden und geschlossen auftreten. Die Kommunistische Partei tritt deshalb für die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften ein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dagegen haben alles versucht, was früher an zentraler und lokaler Zusammenfassung der Betriebsräte bestand und kämpfen gegen die unabhängige Führung der Betriebsräte.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik ist faktisch eine Zurückdrängung der Unternehmertumspolitik gegen die Betriebsräte. Kein Klassenbewußter Arbeiter kann sich deshalb bei der Kandidatenaufstellung für einen Kandidaten entscheiden, welcher auf dem Boden der reformistischen Gewerkschaftspolitik steht.

Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Betriebsrätewahl in den freigewerkschaftlichen Funktionär- und Mitglieder-Versammlungen der Betriebe gilt es zu entscheiden nach der Zustimmung der Kollegen in den wichtigsten Ämtern des gewerkschaftlichen Kampfes. Nur solche Kollegen sollten in Betracht kommen, die sich eindeutig und klar in allen Fragen gegen jede Arbeiterbewegungspolitik entscheiden. Die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft sind:

Nur einen wirklichen Klassenkampf um den Achtstundentag und die Siebenstundenschicht im Bergbau ohne Ausnahmen. Gegen parlamentarische Täuschungsmanöver mit dieser wichtigen Forderung der Arbeiterschaft.

Gegen die Unterordnung unter den staatlichen Schlichtungsorganen, welche die Aufgabe des Streikrechts durch die Gewerkschaften bedeutet. Nur ein Kampf um Erhöhung der Löhne. Gegen Vergrößerung der Spanne zwischen Löhnen der gelehrten Arbeiter, Angelernten und Frauen. Gleichen Lohn für gleiche Leistung.

Nur Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften, regelmäßige Betriebsräte-Vorparlamentarungen usw. Selbständige der Betriebsräte auf diesem Gebiete.

Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.

Kampf gegen die Anopplünderung des Proletariats durch die kapitalistische Nationalisierung.

Für die Erhöhung der Unterstützung der Erwerbslosen um die Arbeiter und Vertiefung der gemeinsamen Front der Erwerbslosen und Arbeiter und Angestellten im Betriebe. Für die Zusammenfassung der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften.

Für die Herstellung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit!

Die Kommunisten und die mit der Kommunistischen Partei sympathisierenden Kollegen kandidierten auch in diesem Jahre nur auf freigewerkschaftlichen Listen. Sie kämpfen in den freigewerkschaftlichen Funktionär- und Mitglieder-Versammlungen der Betriebe darum, daß nur Kollegen zu Betriebsräten gewählt werden, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes

Landarbeiterchaft und Arbeitslosenversicherung

Von H. Erbe, Berlin.

Das gegenwärtig im Reichstag zur Beratung stehende Arbeitslosenversicherungsgesetz ist wiederum ein Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiterchaft. Es bezweckt neben der im ganzen Enten dieser Versicherung enthaltenen allgemeinen Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen und ihre Zerstückelung (mittels Staffelung) eine Ausweitung großer Teile der Landarbeiter vom Bezug von Erwerbslosenunterstützung.

Eine „Sonderregelung“ soll für die Landarbeiterchaft getroffen werden. Durch Regierungsvorordnungen decken in dieser Frage schon bisher Ausnahmeverordnungen gegen die Landarbeiter. Am 11. November 1921 erließ der Reichsarbeitsminister eine Verordnung, wonach Landarbeiter von den Erwerbslosenbeiträgen befreit werden können, wenn:

- a) der Beschäftigte Eigentümer oder Pächter von land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz ist, von dessen Ertrag er mit seinen Angehörigen leben kann. Die Festlegung der fraglichen Wirtschafte ist den Landesbehörden überlassen;
- b) ein Arbeitsvertrag von mindestens einjähriger Dauer besteht oder wenn der Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit lautet, aber mindestens dreimonatige Kündigung vorgesehen ist;
- c) der Arbeitnehmer in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgeberbesitzer aufgenommen ist (Hausgehilfen und landliche Gehilfen).

Die Beitragsbefreiung tritt ein, wenn der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam bei der Krankentage durch Unterschritt einen entsprechenden Antrag stellen, jedoch kann die Krankentage die Unterfrist eines Teiles als ausreichend erklären.

Die Beitragsbefreiung waren auch befreit vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung.

Der sozialdemokratische DVK-Vorstand erließ in seinem Organ vom 16. Dezember 1924 eine Aufforderung an die Landarbeiterchaft, die Unterfrist für Beitragsbefreiung nicht zu verweigern! Der größte Teil der Landarbeiterchaft durchschaute das schändliche Spiel, folgte unserer Parole auf Verweigerung der Unterfrist und zwang dadurch auch die DVK-Führung, sich unserer Parole anzuschließen. Die Regierung sah sich gezwungen zur Durchführung eines Manövers, indem sie später eine Bekanntmachung erließ, daß die Beitragsbefreiung den Bezug von Unterstützung nicht beeinträchtigt, sondern wenn Bedürftigkeit vorliegt, auch den Beitragsbeiträgen die Unterstützung gewährt werden müsse. Dieses Manöver hatte zum Teil Erfolg, der Widerstand der Landarbeiter in dieser Frage ließ nach, so daß heute ein großer Teil der Landarbeiter (und die Gutsherren) von den Beiträgen befreit sind.

Alle diese Landarbeiter werden bei der nach dem notwendigen Gesetz zu schließenden Versicherung von der Unterstützung ausnahmslos ausgeschlossen. Besseres ist der Sinn der geplanten „Sonderregelung“, neben einigen weiteren Verschlechterungen für die Landarbeiter. Den Leuten und Großbauern soll damit ein Heer hilfloser, ihnen auf Gnade und Ungnade ausgelieferter Landarbeiter geschaffen werden, wodurch die Verschlechterung der Lebenslage der gesamten Landarbeiterchaft um so leichter durchzieht werden kann.

Nach diesem hat die Sozialdemokratie nicht grundsätzlich gegen eine Sonderregelung für die Landarbeiter, wie sie überhaupt nicht grundsätzlich gegen das vorliegende schändliche Versicherungsgesetz sind, ja, die Versicherung anstatt staatliche Fürsorge gefordert haben.

Die Sonderregelung für die Landarbeiterchaft wird damit begründet, daß in der Landwirtschaft die Arbeitslosigkeit überhaupt keine beachtliche Rolle spielt und außerdem die Jahresverträge oder dreimonatige Kündigungsfrist einen wirksamen Schutz für die Landarbeiter würde. Wie sieht es damit?

Im Juli 1926, also mitten in der landwirtschaftlichen Hochsaison, hatten wir rund 30000 arbeitslose Landarbeiter in Deutschland und haben gegenwärtig höherlich nicht weniger als 100000 arbeitslose Landarbeiter. Nach Angaben von zwei schließlichen Landrentenämtern waren in ihrem Wirkungsbereich 1926 rund 10 Prozent weniger Lohnarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt als 1925. Selbst in Bayern, wo immerhin noch ein landwirtschaftlicher Arbeitskräftebestand, tritt in zunehmendem Maße Arbeitslosigkeit in Erscheinung. Nach Angabe des hiesigen statistischen Landesamtes ergab sich für die Berufsgruppe Landwirtschaft, daß am 15. Januar 1925 gegenüber 1343 männlichen Arbeitnehmenden 587 offene Stellen und

und der obigen Forderungen stehen. Darüber hinaus muß auch der Gesamtbesitz in einer allgemeinen Betriebsversammlung Gelegenheit gegeben werden, zu der freigewerkschaftlichen Listen für die Betriebsrätewahl Stellung zu nehmen. Nur dann können die heute noch unorganisierten Arbeiter und Angestellten für die Gewerkschaften interessiert und gewonnen werden.

Für die Betriebsrätewahlen 1927 gilt die Parole:

Wählt nur Klassenbewußte, revolutionäre Betriebsräte!

Zentralkomitee der KPD
Gewerkschaftsabteilung.

bei 211 weiblichen Arbeitnehmenden 961 offene Stellen gemeldet waren. Am 15. Januar 1926 wurden 2381 männliche Arbeitnehmende und 1309 offene Stellen, 523 weibliche Arbeitnehmende und 1168 offene Stellen gemeldet, dagegen am 14. Januar 1927 wurden 4067 männliche Arbeitnehmende gegen nur 653 offene Stellen und 1240 weibliche Arbeitnehmende gegen 932 offene Stellen gemeldet.

Jahresarbeitsverträge und dreimonatige Kündigung sind kein Schutz gegen sofortige Entlassung. In allen Arbeitsverträgen der Landarbeiter sind die Möglichkeiten zur sofortigen Entlassung in reichlichem Maße vorgesehen und sind übrigens auch in der von der SPD ausgearbeiteten vorläufigen Landwirtschaftsordnung, die am 21. Januar 1919 von der Regierung Ober-Schlesien verordnet wurde, ausreichend enthalten. Nur einige Beispiele über Entlassungen wollen wir hier anführen.

Landarbeiter Leitmann auf Gut Kothenslein, Kreis Ederfurde (Schleswig-Holstein) wird am 30. August 1926 zum 1. Oktober gekündigt, weil er eine Heberhande zu machen unterwirft habe. (L. hatte sich abendzweit entschuldigt.) Leitmann wurde dabei vom Gutbesitzer Volten angebrüllt, er habe bei der Arbeit auch politische und gewerkschaftliche Propaganda betrieben. L. erklärte darauf, das sei eine Lüge. Das genügt und der Gutbesitzer erklärte: „Was, ich bin ein Lügner, Sie sind so fast entlassen.“

Auf dem Gute der Gebrüder Volt in Burtscheid befehlt der Verwalter zwei Knaben nach Arbeitschluss nach Holt zu schicken. Die beiden weigerten sich und wurden noch am selben Abend auf die Straße geleitet.

Ein Landarbeiter im Bezirk Halle erhielt mit folgender Begründung seine Entlassung:

„Beimneige, den Gehirnführer Albert Frahdorf entlassen zu haben, da die Frau wegen kleiner Kinder nicht auf Arbeit gehen konnte.“

Herrenhäuser, 3. 8. 1926. Der Gutsvorsteher, Hennemann.“

Ein seit 1883 (!) bei Rittergutsbesitzer v. Teilmann in Schölen (Ar. Weichensels) beschäftigter Landarbeiter erhielt folgendes „Kündigungsschreiben“:

Schölen, 25. November 1926.

Herr Theodor Gutman, Schölen.

Weil die Tochter nicht mehr auf Arbeit kommt und ein einziger nicht vollarbeitfähiger Mann aus einer Werkwohnung zu teuer wird, wird Ihnen hiermit mit 14tägiger Frist gekündigt.

Die Rittergutsverwaltung, J. A. Schramm.

Sein Gutsvorsteher Wilhelm Schröder in Egel ist seit drei Jahren der Gelpannführer August Jinge beschäftigt. Als der selbe sich Montag, 24. 1. krank meldete, erhielt er einige Tage später, und zwar am Sonnabend, folgendes Entlassungsschreiben:

Egel, den 28. 1. 1927.

Beimneigung. Der Gelpannführer August Jinge ist infolge Krankheit schonungsbedürftig, ist infolgedessen nicht vollwertig zu beschäftigen, kann keine Familie, aus 4 Kindern bestehend nicht völlig ernähren. Gezwungenermaßen muß ich ihn zur Zeit entlassen.

W. Schröder, Landwirt.

Wir sehen, daß die „Argumente“ für eine Sonderregelung nicht in geringem Maße haltlos sind. Die Landarbeiterchaft soll erneut Ausnahmeregeln unterworfen werden. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich dagegen wenden und gemeinsam für ausreichende, gleiche staatliche Fürsorge kämpfen!

Gewerkschaftliches

ADGB, Ortsausgang Seiffenborsdorf, Mittwoch, 16. Febr., abends 7 Uhr im Rest. Zur Krone Hauptversammlung.

Begleit-Jugendleiterkonferenz am 20. Februar im Volkshaus Dresden. In Stelle der erkrankten Genossen Freund spricht Gen. Freund über „Jugendprobleme“. Jeder Verein soll durch den Jugendobmann und 2 Jugendleiter vertreten sein. Fragebogen sind sofort an K. Hase, Louisestraße 13, Dresden-N., zu senden.

ADGB Brand-Erbisdorf, Mittwoch, 16. Febr., abends 8 Uhr im Rest. Gläserad Generalversammlung des Gewerkschaftsartells. Betriebsratswahlen. Kartelldelegierte und Betriebsräte müssen unbedingt erscheinen.

Das Gewerkschaftsartell.

Selbmann's Haferkakao

Pfund Grenadierstraße
60 Pf. und Filialen

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(19. Fortsetzung.)

Jewsej antwortete schwer atmend:
„Er tritt bald. Warum wollen Sie sich unglücklich machen? Das dürfen Sie nicht... ich bitte Sie!“

„Ich!“ unterbrach sie ihn und ging dann. Jewsej mit der Hand stehend, als wolle sie sich auf ihn stützen, wieder in das Zimmer des Prinzipals.

Bald konnte der Alte nicht mehr vom Bett aufstehen, seine Stimme, die schon mehr ein Röcheln war, ward schwächer und schwächer, sein Gesicht wurde schwarz, der kraftlose Hals konnte den Kopf nicht mehr halten, und das graue Haarbüschel am Kinn neigte sich langsam nach oben. Jeden Tag kam der Arzt, und jedesmal, wenn Kaiffa dem Kranken eine Medizin gab, zöhlte er:

„Woh, was? O, du Niederträchtige!“

„Wenn Sie nicht trinken wollen, gieß ich es fort!“ sagte Kaiffa leise.

„Nein, nein... ich nur!... Aber morgen tu ich die Waise. Ich werde fragen, womit du mich vergiftest...“

Jewsej stand an der Tür, legte bald das Ohr, bald das Auge an das Schlüsselloch und konnte sich nicht genug wundern über Kaiffas Schwulst. In seiner Brust wuchs immer unaufhaltsamer das Gefühl des Mitleids mit ihr und der leidenschaftliche Wunsch, den Alten tot zu sehen. Das Atmen wurde ihm schwer, wie an einem trocknen, frostigen Tage...

Das Bett knarrte, und der Köffel klirrte schrill gegen das Glas.

„Ruh' nur um, du Hoz, ruh' nur um!“ marmelte der Alte.

Täglich wiederholten sich solche Szenen zwischen den beiden. „Trag mich auf den Dwan hinüber!“ befehlt er ihr eines Tages.

Kaiffa nahm ihn auf die Arme und trug ihn leicht wie ein Kind hinüber. Sein gelber Schädel lag auf ihrer roten Schil-

ter, und die dunklen, dünnen Beine baumelten well an ihren weißen Röden herab.

„O Gott!“ begann er jährlählig zu jöhnen und wälzte sich auf dem breiten Dwan hin und her. O Gott, warum hast du deinen Knecht in die Hände dieser Bösewichte gegeben? Sind denn meine Sünden schlimmer als ihre Sünden, o Allmächtiger? Kann es denn sein, daß meine Todesstunde schon gekommen ist?“

Der Atem ging ihm aus, er fing an zu röcheln und fuhr dann mit pfeifender Stimme fort:

„Weg, du! Einen hast du schon vergiftet — ich zettete dich vor der Zwangsarbeit, und nun wirft du mich vergiften!... Ah-ah! Lüge nicht!“

Kaiffa trat langsam zur Seite; Jewsej sah den kleinen, mageren Körper des Prinzipals; sein Leib blähte sich auf und fiel wieder zusammen, die Beine zuckten, der Mund verzog sich trampfhaft in dem grauen Gesicht, er öffnete und schloß abwechselnd die Lippen und bedeckte sie mit der dünnen Zunge. Die schweißbedeckten Wangen und die Stirn glänzten, die kleinen Augen aber, die jetzt groß und tief erschienen, verfolgten Kaiffa beständig.

„Und niemand ist da... niemand auf der Erde, der mir nahesteht... Kein wahrer Freund ist da... Warum? O Gott!“

Wie ein Winseln klang die Stimme des Alten und brach dann ab.

„Du niederliche Dirne... Schwöre vor dem Heiligenbild, daß du mich nicht vergiftest!“

Kaiffa wandte sich zur Erde mit den Heiligenbildern und bekrugelte sich.

„Ich glaube dir nicht... ich glaub's nicht...“ krächzte er, während seine Hände trampfhaft nach der Brust, der Leinwände, der Leine des Dwan griffen.

„Trinken Sie doch, es wird Ihnen besser werden.“ sagte Kaiffa plüschig, fast in schreiendem Tone.

„Besser...“ wiederholte der Alte. „Meine Liebe... du bist ja der einzigste Mensch, den ich habe... du bist mein

alles... ich hinterlasse dir alles meine Liebe... Kaiffa...“

Er streckte die knochige Hand nach ihr aus und suchte sie mit den schwarzen, starrten Händen an sich zu ziehen.

„Ah, ich habe dich satt, du Verfluchte!“ rief Kaiffa mit geprechter Stimme. Und sie zog das Kissen unter seinen Kopf herauf, warf es über sein Gesicht, legte sich mit der ganzen Wucht ihres Körpers darüber und hielt die in der Luft zappelnden mageren Arme nieder.

„Zu wider bist du mir... zum Ekel... geh zum Teufel, geh... geh...“

Jewsej ließ sich zu Boden gleiten. Er vernahm ein kräftiges Röcheln, ein leises Winseln und dumpfe Schläge, und er begriff, daß Kaiffa den Alten würgte und prekte, während er mit den Beinen sich gegen den Dwan stemmte. Er hatte weder Mitleid mit dem Alten noch Furcht, doch wollte er, daß alles recht schnell gehe, und hielt sich Augen und Ohren mit den Händen zu.

Blötzlich ward die Tür zum Zimmer des Alten rasch geöffnet, und Jewsej bekam einen Stoß in die Seite. Er sprang auf — vor ihm stand Kaiffa, die sich das aufgelöste, über die Schultern herabfallende Haar zurechtstrich.

„Nun, hast du's gesehen?“ fragte sie schrill.

Ihr Gesicht war gerötet, jedoch bereits ruhig, und auch die Hände zitterten nicht.

„Ja“, sagte Jewsej, mit dem Kopfe nickend, und trat dicht an Kaiffa heran.

„Denunzier' es der Polizei, wenn du willst...“

Sie wandte sich um und ging in das Zimmer, wobei sie die Tür offen ließ. Während Jewsej sich in die Tür stellte und demüht war, nicht auf den Dwan zu sehen, fragte er flüsternd:

„Ist er ganz tot?“

„Ja...“ antwortete das Weib.

Da wandte Jewsej den Kopf um, sah mit teilnahmslosen Augen auf den kleinen Körper des Prinzipals, der sich an den schwarzen Dwan geklebt schien, blickte dann auf Kaiffa und leuchtete erleichtert auf.

(Fortsetzung folgt.)

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte für Dresden und Umgegend

B

ALTSTADT

Dresdner Fischhallen Dresden, Webergasse 17

Reserviert

POSENDORF b. Dr.

Carl Weise, Inh. Georg Weise Uhren - Goldwaren - Optik

LEUBEN

Robert Müller Manufaktur- u. Modewaren

FRIEDRICHSTADT

Fritz Kiefer, Schillerstr. 93 Lebensmittel

Kolonialwaren / Lebensmittel Adolf Neumann, Weißeritzstr. 74

KÖNIGSDRÜCK

Eugen Martin, Mittelstr. 2 Besonders billig in Zertifikaten und Zerkofagen

DOHNA

Gerrenanfertigung, Zerkofagen, Wäsche, Strumpfwaren, Wäsche Margarete Hoffert, Königsstr. 41

Tabakhaus Carl Heiligen Nachf., Elbbergstr. 10

Weißeritzprodukte / Kolonialwaren GmbH Dreier, Königsstr. 200/2

Paul Kadner, Königsstr. 1 empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren

SEBNITZ

W. Reinhard Schmidt, Inh. M. Raschig Hartigswalder Str. 18, Arbeiterk. Eisenf. Wäsche

Reserviert Josef Tenkrat

Friedrich Schade & Sohn Warenwaren Werkzeuge Haus- und Küchengeräte

Reinhold „Nordstadt“, Adm. Franzel Neudörfner Str. Verleihen, Verkauf, Arbeitersch.

Emil Häcker Markt 2 Wollwaren und Herren-Artikel

Walter Schade Kirchstr. 14 Haus- und Küchengeräte Spielwaren

Blie, Mähen, Holzwaren u. mehr Karl Richter jr., Königsstr. 54

Brig Böer Brot- und Weißbäckerei Herrigswalder Mühle

Ernst Th. Böhme Markt Glas, Porzellan Spielw., Raschab.

Franz Bersack Schuhhandel u. Beschl.-Anstalt Hartigswalder Str. 2 D

WEINBOHLA

Schnitt, Weiß, Manufakturwaren Stern Bauhof - Cesar Böhm, Hausstr. 19

Kugust Reinhold Herren-Wäsche, Zerkofagen, Wäsche, Strumpfwaren

Herbert Pomper Bahnhofstr. 7 Haus- u. Küchengeräte, Leder- u. Spielw.

Schuhwarenhaus Ernst Schröder Schuhmacherstr., Hauptstr. 1

Sichtspiele Weinböhla empfiehlt für Vereine

Oskar Hündel, Hauptstr. 24 Haus- und Küchengeräte Eisenwaren / Ofen / Herde

Schuhwarenhaus Eichler, Bahnhofstr. 6 Reparaturen

Schneidmühlerei Ernst Böge Zerkofagen u. Eisenwaren

CENTRAL-TUNNEL

THEATER Täglich Große Operetten-Vorstellung Alles Nähere siehe Anschlagsäulen LEUBEN

Warenhaus Kurt Heinze

Dresden-Leuben Erstes und ältestes Geschäft am Platz - Reichhaltige und gutsortierte Lager

R. Wintermann Stephensonstraße 54

Alwin Bader Stephensonstraße 18

Carl Beier Weiß- u. Wollwaren - Chem. Reinigung 3 1/2 Marken-Rabatt - Königsallee 2

Restaurant Stadt Dresden Inh. B. Hauptvogel Nordstraße 36

Eisenwaren-Handlung Haus- u. Küchengeräte, Ernst Kubitz Pinner Landstraße 114

Meta verw. Rogee En gros Schokolade En detail Billigste Bezugsquelle. Weißeritzstr. 42

Richard Fritzsche Zigarren - Zigaretten - Tabake Schillerstraße 101

Chemnitzer Wä. Chemau Schillerstraße 18

Paul Dietrich Kolonialwaren, Lebensmittel Wachsbleichstraße 53

Hans Baentgen Zigarren-Geschäft Friedrichstraße 10

Kolonialwarenhaus Ander Wachbleichstraße 14

O. P. Vogt Drogen- und Farben-Handlung Pfotenauerstraße, Ecke Arnoldstraße

Franz Rödl Pflanzhausstr. 97 - Fernruf: 324 09

M. Hanke Leibwäsche, Schurzen, Strümpfe usw. Schumannstraße 57, Ecke Dürrenplatz

Emil Thömel Haus- u. Küchengeräte - Werkzeuge Pfotenauerstraße 18

Paul Franz Kolonialwaren - Kaffee-Artikel - Koserven Wäsche - Spirituosen usw. Striepenstr. 44

A. Ferd. Bergmann, Schumannstraße 41, Messer, Schneiderei u. Schleiferei in starkem Lager

Sanitätshaus Johannstadt Artikel für Kranken- u. Heilanstalten Pfotenauerstr. 3

Wilhelm Hae, Inh. Rich. Posner, Pfotenauerstr. 15, Wäsche, Spirituosen, Kaffee in gros, en detail

W. Böhme, Inh. Robert Lehmann Striepenstr. 31

Trinkt einheimische Erzeugnisse Dresden Felsenkeller Pilsner

PIRNA

Das führende Spezialgeschäft für sämtliche Molkerei-Produkte ist Helmsdorfer Molkerei Am Markt

G. G. Wagner Nachf. Leutnerstr. 8 Kolonialwaren, Futtermittel, Säfte

Hamburger Kaffee-Lager Thams & Gar's P. r. n. a. E., D. h. n. a. E. Str. 26

Woldemar Friedrich Nachf. Inh. H. Haeig, Markt 2 Kolonialwaren u. Staatslotteriezinnahme

Butter- u. Mehlhandlung Konrad Süß, Breite Str. 11

Fischwaren - DELIKATESSEN Franz Seidel Lange Str. 44

32 Paul Weiss 32 Dehnbaische Str. 2 Herren-, Burschen- und Kinder Bekleidung

Lebensmittel Weine / Zigaretten Haußwald, Am Markt 16

Emil Roch Nachf. Inh. Rich. Finze Barbiergasse 1

Reste-Centrale Lange Str. 39

Lange & Lausch Markt 20

W. Jurmann Herren- u. Knaben-Bekleidung 1 Schossergasse 1

Wilhelm Baege Marktgasse

Lacke / Farben / Pinsel Schablonen für alle Zwecke

Karl Jähnichen, Badegasse 8

Ewald Kluge, Lange Str. 17 Möbel u. Dekorationen

Sirner Lederhandlung Dritte Str. 20

Monatsgarderoben u. Konfektion B. Zloczower, Niedere Burgstr. 3

Butter, Eier, Käse E. Jüttler Techn., Dehnbaische Str. 31

Josef Sauer Schmiedestraße 38

L. Langhärig Lebensmittel, Tabakwaren Leder / Farben / Lacke

Palast-Theater Amtgebietsstr. 6

Karl Maas Kolonialwaren Lebensmittel

Alwin Diedner Schuhwaren Reparaturen

Trinkt Freiburger Silberquell

RESERVIERT

RESERVIERT

Bürgerliches Brauhaus N.-O., Freiberg

Bernhard Mann Kohlen, Briketts, Holz

Louis Koburger, Freiberg, Verderitz 2 Qualitative Gummiwaren

Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung Zur Centrale

Schokoladen / Kaffee Paul Kühn Obermarkt 18

Kleiderstoffe Wäsche / Linoleum Louis Mehner

Clemens Jaesing Obermarkt 21 Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen Linoleum, Möbelstoffe

KOTZSCHENBRODA

Palast-Theater

Vornehmste u. schönste Lichtbildbühne der Löbnitz. - Täglich Vorstellung Anfang: Wochentags 8 1/2 Uhr Sonntags 5 1/2 u. 8 1/2 Uhr

Zigarrenhaus Oswald Schörrer, Habebühlstr. 1

Optiker R. Winkler, Moritzburger Str. 8 Spezialabteilung für Radio und Photographie

Karl Pittius Buch-, Papier-, Leder- und Spielwarenhandlung

COPIT

A. Mehlhorn Moderne Bildnisse Postkarten Lichtbilder, Hauptstr. 14 Vergrößerungen

Otto Säblich, Hauptstr. 29 Uhren und Schmuckwaren aller Art

JOHANNSTADT

Kolonialwarenhaus Carl Kauschke Nachf. Sächs. Staatslotterie-Einnahme Pfotenauerstr. 54

M. Böhme, Inh. Robert Lehmann Striepenstr. 31 Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

COSWIG

Warta Wäckerl, Bahnhofsstr. 4 Weiß- u. Wollwaren, Bläuen, Strümpfe

Merhandlung Neucostin Erhrt. Bier / Getreide / Eisenader

Schuhhaus Glöckner, Bahnhofstr. 4

Paul Thomas, Bahnhofstr. 6 Damen-, Herren-, Kinderkonfektion

BRAND ERBISDORF

Oscar Schramm Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Biergroßhandlung u. Fabrik alkoholfreier Getränke Franz Trexler

Robert Lommaizsch Hüte, Mützen, Filzwaren, Pelze

Modehaus M. Emmrich

Alma Neubert Weiß-, Woll- u. Manufakturwaren - Damenkonfektion

Paul Grollmann Grün- u. Fischwarengeschäft

Zigarrenhaus Hans Neubert

Brand-Erbisdorf Filiale: Grobhartmannsdorf

FREIBERG

RESERVIERT

Franz Matuhr, Bahnhofstr. 33

Leder-Ausschnitt Geschäft H. Helbig, Theatergasse 4